

Das neue Oesterreich

Nicht nur das Deutsche Reich, auch Oesterreich ist in diesen Tagen in eine Krisis eingetreten, die für die Zukunft des Landes entscheidend sein wird. Man hat sich dazu entschlossen, die Nationalitätenfrage nun einmal anders zu behandeln als bisher, und hat damit eines der widerhaarigsten Probleme der neuesten Geschichte angeschnitten. Die rechte Lösung konnte bekanntlich all die Jahre her nicht gefunden werden, trotz der aufreibenden Kämpfe, die das Land durchtoben, seit es überhaupt so etwas wie einen Parlamentarismus gibt. Man hat soviel versucht und nie ist es gelungen, die Gegensätze zwischen Tschechen und Deutschen — das ist die Kardinalfrage — zu überbrücken. Was nun vorgeschlagen wird, ist nichts als die völlige Umgestaltung des alten historischen Oesterreichs; was bisher ein geschlossener Staat war, soll nun ein loses Gefüge von Einzelstaaten werden.

Es ist nicht das erstemal, daß die Richtung zum Föderalismus in Oesterreich gesucht wird. In den Jahren 1870/71 hat das Ministerium Hohenwart einen großen Plan ausgearbeitet, der eine Art Föderations-Staat zum Ziele hatte. Allerdings: die Grundlage war damals doch eine völlig andere. Man wollte wohl den einzelnen Kronländern größere Autonomie geben, man wollte sie aber in ihrer Zusammensetzung lassen wie sie waren. Nicht um Nationalitäten handelte es sich damals, sondern um die alten staatlichen Gebilde, die eben ohne Rücksicht auf die nationale Zugehörigkeit ihrer Bürgerschaft auf dynastischer Grundlage entstanden waren. Damals scheiterte der Plan am schärfsten Widerstande der deutsch-liberalen Elemente, die sich gegen die tschechisch-kerikale Unterdrückung auflehnten, wie sie nach den Plänen Hohenwarts zu befürchten war.

Heute liegen die Dinge erheblich anders. Der Krieg hat den Beweis erbracht, daß im heutigen Oesterreich Teile aneinandergelötet sind, die mit aller Macht auseinanderstreben. Es ist ja ein offenes Geheimnis in Oesterreich, daß ein großer Teil der tschechischen Armee versagt hat, weil seine Sympathien auf der Feindeseite waren. Die Gegensätze zwischen Deutschen und Tschechen hat dieser Krieg nicht verwischt, sondern sehr erheblich verstärkt. Man hat versucht, diese Tatsache nicht allzu offenkundig werden zu lassen, indem man das Parlament so lange es irgend tunlich schien, nicht einberief. Sobald aber die Tagungen wieder aufgenommen wurden, zeigte sich mit erschreckender Deutlichkeit, daß auf der bisherigen Grundlage ein Zusammenarbeiten unmöglich geworden ist. Diese Erkenntnis scheint nun in Oesterreich durchgedrungen zu sein und die deutschen Sozialdemokraten sind die ersten, die mit einem bestimmten Programm an die Öffentlichkeit getreten sind.

Ihr erster Grundsatz ist das Selbstbestimmungsrecht für alle Nationen innerhalb des jetzigen Oesterreichs. Sie verlangen Zusammenfassung aller deutschen Teile zu einem deutsch-österreichischen Staate, „der seine Beziehungen zu den andern Nationen Oesterreichs und zum Deutschen Reiche nach seinem eigenen Bedürfnis regeln soll“. Soweit also soll die Selbständigkeit der einzelnen Teile gehen. Und diese einzelnen Teile sollen nicht nach historisch-dynastischen Gesichtspunkten gebildet werden, sondern nach dem Prinzip der Nationalität. Die Tschechen sollen zu einem Staate zusammengenommen werden, die Südslawen, die Italiener und so fort. So soll jeder sein Haus selbst bestellen, nach seiner Neigung und nach seinem Bedürfnis. Auf welcher Grundlage nun aber zwischen diesen eine Art von Bundesstaat errichtet werden könnte, wird nicht gesagt. Es ist mehr das Trennende betont, als das Zusammenschließende.

Aus tschechischen Kreisen ist sofort auf einen sehr wesentlichen Unterschied in der Auffassung hingewiesen worden. Die deutschen Sozialdemokraten wollen innerhalb des heutigen Oesterreichs den Neubau aufführen — die Tschechen und ihr Kreis binden sich in ihren Plänen nicht an diese Grenzen. Eine Einigung in diesen Fragen wird schwere Reibungen mit sich bringen.

Der österreichische Ministerpräsident erklärte im Abgeordnetenhaus, daß die Grundsätze im Friedensangebot an Wilson in manchen Einzelheiten eine Modifikation der politischen Auffassung bedinge, an der die öffentliche Orientierung auf österreichischer Seite bisher festgehalten habe. Diese Orientierung wird noch deutlicher verschoben werden, wenn Oesterreich-Ungarn zum Föderalismus übergehen will, der sich in einem Staatenbunde ausprägen würde. Die

deutsch-nationale Partei hat sich zu den föderalistischen Vorschlägen bekannt. Diese Entschliebung ist von außerordentlicher Tragweite, sie wird in der Tat ein neues Oesterreich begründen. Bisher hatten die Deutschen in Oesterreich sich einer solchen Entwicklung mit ganzer Kraft widersetzt, sie wollten in engem Zusammenschluß mit Deutschland und im Bündnis mit Deutschland sein und bleiben. Diese Bündnispolitik wird im Bundesstaat nicht weiter bestehen können, denn gegen diese Politik richten sich vornehmlich die Forderungen und Bestrebungen anderer Nationalitäten Oesterreich-Ungarns.

Oesterreich-Ungarn ist aus dem römischen Reich deutscher Nation hervorgegangen und war infolgedessen in Politik und Kultur stark deutsch orientiert; eine Mehrheit dafür war nicht vorhanden; die Politik wurde bestimmt durch die Monarchie, die das gemeinsame Band um die Nationalitäten schlang. Zerfällt die Monarchie in die einzelnen Bundesstaaten, so wird eine einheitliche Bündnispolitik ausgeschlossen sein, man denke nur an die Gegensätze zwischen den Deutschen einerseits und den Tschechen und Südslawen andererseits. Auch in Ungarn will eine starke Strömung nur mehr Personalunion. Der Föderalismus in Oesterreich würde also die einzelnen Staaten auch nach außen ziemlich auf eigene Füße stellen und Bündnisse wären nur mehr denkbar, wenn sie im Willen und Interesse aller oder einer großen Mehrheit liegen würden.

Es bleibt der Monarchie kein anderer Ausweg, sie muß sich durch den Föderalismus und die Demokratie verjüngen, wenn sie die Kraft für friedlichen und gedeihlichen Fortbestand gewinnen will. Bündnisriege wird sie dann nicht mehr führen können, das wird im Völkerbund auch nicht mehr nötig sein, außer es wäre, um zur Verteidigung zu den Waffen zu greifen.